



POLEN-ANALYSEN

www.polen-analysen.de

DIE ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION IN POLEN

■ ANALYSE	
Umwelt in Polen – zwischen sozialistischem Erbe und EU-Mitgliedschaft	2
Olaf Kühne, Saarbrücken	
■ GRAFIKEN UND TABELLEN	
Der Energieverbrauch der westlichen Welt	6
Ausgaben für den Umweltschutz in Europa	8
■ UMFRAGE	
Die polnische Bevölkerung zum Umweltschutz	10
■ DOKUMENTATION	
Operatives Programm Infrastruktur und Umwelt	11
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 06. bis zum 19. Februar 2007	13
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Abstracts von Aufsätzen mit Bezug zu Polen im aktuellen Heft von OSTEUROPA	14

Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Analyse

Umwelt in Polen – zwischen sozialistischem Erbe und EU-Mitgliedschaft

Olaf Kühne, Saarbrücken

Zusammenfassung

Die ökologische Transformation in Polen ist – vergleichbar mit jener der übrigen Transformationsstaaten Ostmittel- und Osteuropas – auch nahezu 20 Jahre nach ihrem Beginn noch immer nicht abgeschlossen, auch wenn sich der Zustand der Umwelt in diesem Zeitraum erheblich verbessert hat. Die strukturellen Ursachen für das Anhalten der ökologischen Transformation sind primär in der Persistenz der im Sozialismus entwickelten Raumstrukturen, in ökonomischen Verflechtungen, vielfach unzulänglichen Modernisierungen, insbesondere im sekundären Wirtschaftssektor, aber auch in den mangelnden Umweltkenntnissen der Bevölkerung und der Behörden zu suchen. In vorliegendem Beitrag werden – nachdem die Entwicklung der Umweltbelastung Polens untersucht und in einen europäischen Zusammenhang gestellt wurde – die Auswirkungen der ökonomischen sowie der politischen Transformation, letztere insbesondere vor dem Hintergrund der Europäisierung der Umweltpolitik und des Umweltrechts, betrachtet.

Umweltbelastung in Polen im internationalen Vergleich und ihre Entwicklung

Der Zustand der Umwelt ist in erheblichem Maße von der ökonomischen Tätigkeit des Menschen abhängig: Verursachen agrarisch strukturierte Gesellschaften im Wesentlichen Schäden durch Übernutzung des Bodens (mit der Folge dessen Degradation), des Waldes (durch übermäßige Einschläge) und der Fließgewässer (Einschränkung der biotischen Durchgängigkeit), sind die Nebenfolgen der Industrialisierung weniger lokal begrenzt und weniger unmittelbar. So zeigen sich die Folgen industrieller Emissionen – aber auch übermäßiger Nährstoff- und Pestizideinträge in der Landwirtschaft – häufig zeitversetzt und überörtlich. Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, die historische Entwicklung der Umweltbelastung (hier am Beispiel der Luftbelastung) vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung in Polen – zumindest in den vergangenen 35 Jahren (davor ist die Datenlage zum Thema Ökologie sehr viel unsicherer) – zu betrachten.

Zu Beginn der 1970er Jahre wuchs die industrielle Produktion Polens beträchtlich: Die Wachstumsraten lagen in diesem Zeitraum zwischen 8,3 bis 11,5 % im Vergleich zum Vorjahr (Abbildung 1). Ab Mitte der 1970er Jahre stagnierte die Industrieproduktion, und die Wachstumsraten fielen auf 0,1 bis 1,2 %. In der Wirtschaftskrise der beginnenden 1980er Jahre wurde teilweise die Vorjahresproduktion nicht erreicht (1982 im Vergleich zu 1981: -4,4 %). Diese Krise der polnischen Industrie lässt sich als eine Folge der weltweiten Energiekrise nach dem Oktober 1973 erklären. Westliche Staaten wiesen einen rückläufigen Importbedarf auf, Devisen bringende Ausfuhren konnten von polnischer Seite aus nicht mehr gesteigert werden, während gleichzeitig der wachsende Importbedarf an hochtechnischen Produktionsmitteln – aufgrund des als gescheitert geltenden Modernisierungsversuchs

der Ära Gierek in der ersten Hälfte der 1970er Jahre – immer größere Defizite in der Außenhandelsbilanz ergab.

Der Einbruch der Industrieproduktion zu Beginn des Transformationsprozesses ist im Wesentlichen auf die völlige Überalterung der Produktionsanlagen, die einsetzende Konkurrenz auf dem Weltmarkt sowie die wegbrechenden Absatzmärkte der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zurückzuführen. Nach dem Krisenjahr 1991 begann die Industrieproduktion wieder zu steigen: Die Leitindustrien des Aufschwungs waren von nun an der Straßenfahrzeugbau, die Herstellung von Büromaschinen und Computern und die Nahrungsmittelindustrie, gleichzeitig verlor die emissionsintensive Montanindustrie immer mehr an Bedeutung.

Die langfristige Entwicklung der Industrieproduktion und der industriellen Emissionen von Staub und Gasen (ohne Kohlendioxid) wies bis zum Beginn des Transformationsprozesses einen weitgehend parallelen Verlauf auf (Abbildung 1): Während der Phase der industriellen Stagnation Mitte der 1970er Jahre bis Anfang der 1980er Jahre blieben auch die Emissionen auf einem hohen Niveau konstant. Zu Beginn der Transformation verringerten sich die Emissionen mit dem Einbruch der Industrieproduktion. Während sich ab dem Jahr 1992 die Industrieproduktion jedoch wieder erholte, wiesen die Emissionen aber weiterhin eine fallende Tendenz auf: Infolge der Produktivitätssteigerung der polnischen Industrie fand eine Entkopplung von Produktion und Emission von Schadstoffen statt.

Eine ähnliche Zustandsverbesserung im Zuge der Transformation findet sich auch bei anderen Umweltmedien: So sank der Anteil der physikalisch-chemisch übermäßig belasteten Fließgewässer in Polen von 35,8 % im Jahr 1990 auf 12,6 % im Jahr 2003, der Anteil der bakteriell übermäßig belasteten Fließgewässer im selben Zeitraum von 80,2 % auf

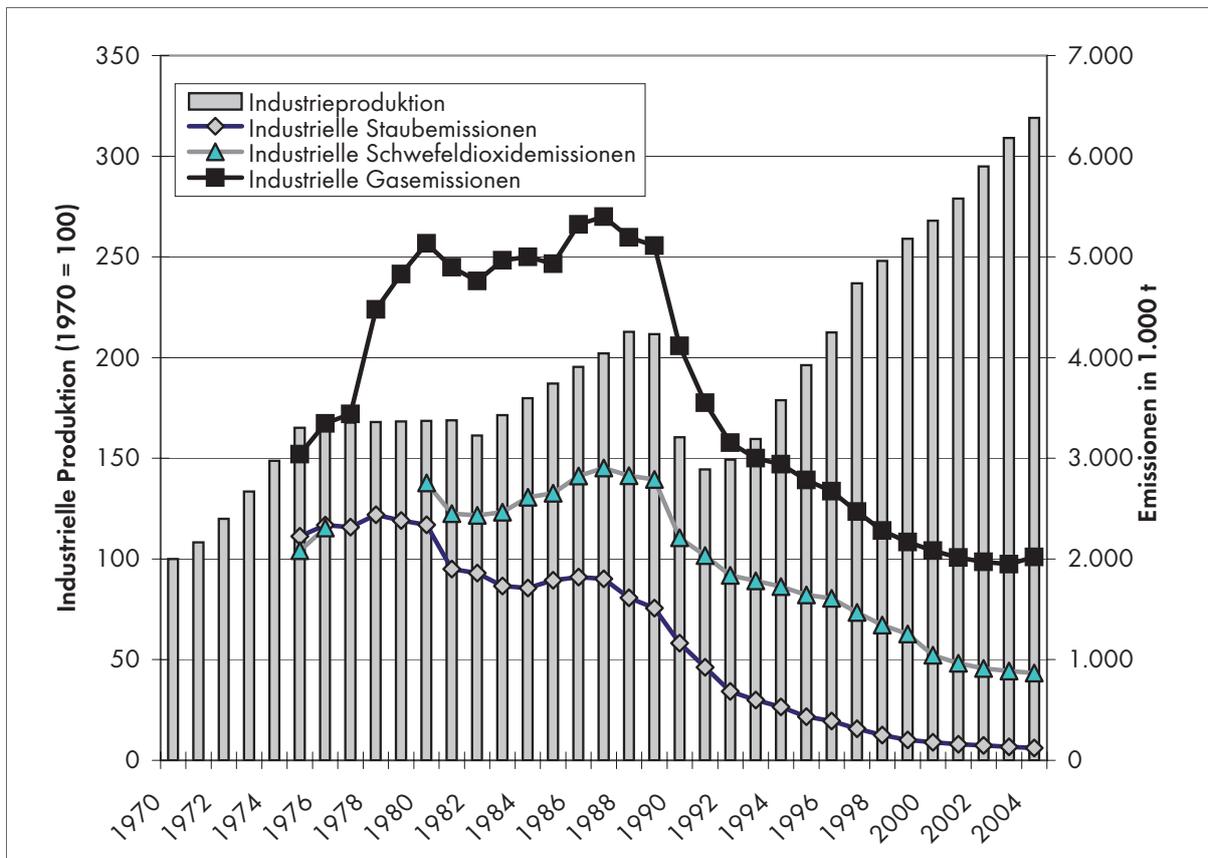


Abbildung 1: Die Entwicklung der industriellen Emissionsmassen von Staub, Schwefeldioxid und Gas (ohne CO₂) sowie der relativen Industrieproduktion (1970 = 100) in Polen (nach: Główny Urząd Statystyczny (GUS) 1975–2006: Rocznik statystyczny [Hauptstatistikamt 1975–2006: Statistisches Jahrbuch]).

41,6 %. Ursächlich ist diese Wasserzustandsverbesserung auf die Errichtung von Kläranlagen zurückzuführen: Wurden 1990 noch 417 hm³ ungeklärt in Oberflächengewässer eingeleitet, sank die Menge ungeklärter Abwässer im Jahr 2003 auf 192 hm³.

Galt bis zur Entkopplung von Energieverbrauch und ökonomischer Entwicklung (in den meisten Staaten der damaligen so genannten Ersten Welt fand dies von Ende der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre statt) der Pro-Kopf-Energie-Verbrauch als linearer Indikator für Entwicklung, dominieren heute andere Einflussgrößen: Die klimatischen Bedingungen treten in einem deutlichen Nord-Süd-Gefälle hervor (Abbildung 2), lokale Besonderheiten (z.B. Tanktourismus nach Luxemburg) und insbesondere die Effizienz einer Volkswirtschaft prägen die räumliche Verteilung des Pro-Kopf-Energieverbrauchs. Eine wesentliche Indikatorgröße für die Energieeffizienz einer Volkswirtschaft ist ihre Energieintensität (Energieverbrauch pro Einheit Bruttonationaleinkommen, Abbildung 3): Hier kehrt sich das starke Nord-Süd- und schwache West-Ost-Gefälle des Pro-Kopf-Energie-Verbrauchs in ein starkes Ost-West-Gefälle um. Die Staaten Ostmitteleuropas

und insbesondere Osteuropas sind bis heute geprägt durch einen höheren Grad an ökologisch-ökonomischer Ineffizienz.

Wirtschaftliche und politische Determinanten in der Entwicklung der Umweltbelastung in Polen

Umweltprobleme lassen sich allgemein als Folge einer strukturellen Beeinträchtigung der Steuerungs- und Innovationskapazität verstehen. Dies gilt in besonderer Weise für industrialisierte Volkswirtschaften und lässt sich letztlich auch auf eine weit fortgeschrittene Desintegration ökonomischer Tätigkeit in einzelnen Stufen zurückführen. Dennoch existieren durchaus signifikante Unterschiede zwischen sozialistischer und kapitalistischer Industrialisierung. Infolge der bis heute bestehenden ökologischen Auswirkungen (z.B. räumliche Schwerpunkte der Industrialisierung, Altlasten) des sozialistischen Gesellschaftssystems ist eine Erklärung des gegenwärtigen ökologischen Zustands Polens ohne eine Betrachtung der spezifischen Charakteristika des Gesellschaft-Umweltverhältnisses in der sozialistischen Ära des Staates schwer möglich und unvollständig.

Ökonomie und Umwelt

Im Vergleich zu demokratisch-marktwirtschaftlichen Staaten sind bei sozialistischen Staaten einige Steuerungsinstrumente zu finden, die, sofern sie richtig oder überhaupt eingesetzt werden, einen besseren Zustand der Umwelt bedingen könnten. So verfügen die Entscheidungsträger über umfassende und durchgreifende Organisationsmöglichkeiten, um das Allgemeininteresse durchzusetzen; außerdem befindet sich das Kapital in staatlichem Besitz. Das heißt, Verhinderungen höherer ökologischer Standards in Form von angedrohter Kapitalabwanderung oder Investitionsstreiks durch Wirtschaftsunternehmen erlangen keine Bedeutung. Zudem ist ein exzessiver Konsum keine Wachstumsbedingung des Systems, vielmehr fördern lange Produktlebenszyklen und Lieferengpässe bei Konsumgütern den sorgsameren Umgang mit den entsprechenden Gütern und somit eine maximierte Nutzungsdauer der Produkte.

Diesen – zumindest theoretisch vorhandenen – ökologischen Vorteilen eines sozialistischen Wirtschaftssystems stehen erhebliche Schwächen gegenüber: So wiesen bzw. weisen bis heute sozialistische Volkswirtschaften im Vergleich zu westlichen Pendanten nur die halbe Produktivität bei gleichzeitig dreifachem Energiebedarf auf. Diese hohe Ressourcenintensität resultiert aus technologischen und organisatorischen Defiziten. Sie reicht von der Vernachlässigung von Ersatz- zugunsten von Erweiterungsinvestitionen (wie bei dem Bau der Huta Katowice (Kattowitzer Hütte), durch die die Produktion alter, emissionsintensiver Hüttenwerke eher ergänzt denn ersetzt wurde) über eine mangelnde Innovationsfähigkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems und eine ungenügende Sorgfalt der Belegschaften im Umgang mit Produktionsmitteln bis zu dem Handeln von Funktionären im Bewusstsein der scheinbar unerschöpflichen Rohstoffvorräte in der Sowjetunion.

Mit der Systemtransformation war eine massive strukturelle Neuausrichtung der polnischen Volkswirtschaft verbunden. Neben dem primären Wirtschaftssektor war insbesondere der sekundäre von einem erheblichen relativen (und zumeist auch absoluten) Bedeutungsverlust betroffen: Die ineffizient arbeitenden Kombinate gerieten unter einen starken Anpassungsdruck insbesondere durch zunehmende internationale Konkurrenz. Darauf wurde zum einen mit Stilllegungen von Betrieben – verbunden mit einer ungeklärten Altlastenproblematik – und zum anderen mit Modernisierungen reagiert. Beides hatte eine Verringerung von Emissionen zur Folge. Modernisierung äußert sich einerseits in Effizienzsteigerungen infolge des Einsatzes integrierter Technologien, andererseits auch im Einsatz von End-of-Pipe-Technologien (Emissionsfilteranlagen). Den verringerten Emissionen durch Industrieunternehmen steht dabei eine Steigerung der Emissionen von

Privathaushalten gegenüber. Insbesondere der vermehrte Betrieb von privaten Kraftfahrzeugen bedeutet steigende Emissionen von Staub, Schadgasen und Lärm.

Umweltpolitik

Im sozialistischen Gesellschaftssystem findet sich ein geringer Differenzierungsgrad von Politik und Wirtschaft. Das politische System dominiert die ökonomische, so dass zahlreiche wirtschaftspolitische Entscheidungen weniger aus ökonomischen, denn aus politischem oder sozialem Kalkül heraus gefällt werden. In Polen war der Standortfindungsprozess für industrielle Großbetriebe grundsätzlich von dem Ziel der interregionalen Angleichung der Lebensverhältnisse geprägt, wobei diese sozialpolitischen durch andere Überlegungen geleitet waren: So dominierte häufig das politisch motivierte Kalkül, die Entstehung der Industriearbeiterschaft in traditionell liberalen bzw. konservativen Landesteilen zu forcieren, die ökonomischen Überlegungen bei einer gleichzeitigen Beachtung der militärisch-strategisch günstigen Lage: Beispielsweise wurden die Eisenhüttenkombinate in Nowa Huta bei Krakau, Tschenstochau (Częstochowa) und Warschau weit entfernt von den Kohle- und Eisenerzvorkommen im Osten der jeweiligen Städte errichtet.

Darüber hinaus wurden die industriellen Einheiten möglichst groß dimensioniert, um neben der Realisierung von Skalenvorteilen auch eine Vereinfachung des Planungsprozesses zu gewährleisten. Etwaige ökologische Folgen solcher Planungen wurden ignoriert: Diese Standortfindungspolitik implizierte eine Konzentration der Schadstoffemissionen in „hot spots“ der Umweltbelastung.

Die Umweltgesetzgebung konnte in der sozialistischen Ära nie in der Form durchgesetzt werden, die für eine nennenswerte Verringerung der Belastung von Mensch und Umwelt nötig gewesen wäre: Neben einer wenig pragmatischen Gesetzgebung (allgemeine Deklarationen standen neben Detailvorschriften) prägte deren Vollzug ein hoher Grad an Unwirksamkeit, da auf ihre Umsetzung häufig verzichtet wurde, um Produktionskapazitäten nicht einschränken zu müssen. Darüber hinaus wurde den Budgets für Umweltinvestitionen in den Wirtschaftsplänen nur sehr geringe Priorität eingeräumt. So sank der Anteil der finanziellen Aufwendungen für den Umweltschutz in Polen zwischen 1975 und 1979/80 von 1,5 % des Bruttosozialprodukts auf 0,4 bis 0,5 %.

Diese enge Verflechtung von Ökonomie und Politik wurde mit dem Einsetzen der Systemtransformation zunehmend gelockert: Wirtschaftsunternehmen wurden durch Privatisierungen oder Neugründungen dem direkten Zugriff des Staates weitgehend entzogen (eine Ausnahme bilden viele Schwerindustrieunternehmen). Mit der industriellen Transformation ist eine sukzessive Verschiebung der Betriebsgrößenver-



hältnisse verbunden: Der Anteil schwerindustrieller Großunternehmen am Bruttonationaleinkommen und an der Zahl der Beschäftigten sinkt, kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Produktionsstandorte gemäß marktwirtschaftlicher – und nicht politischer – Kriterien ermitteln, gewinnen quantitativ und qualitativ an Bedeutung.

Zu Beginn der Systemtransformation litt die Umweltschutzpolitik in Polen – wie auch in den übrigen Transformationsstaaten Ostmittel- und Osteuropas – unter einer vergleichsweise geringen Priorität: Sie war durch Ineffizienz hinsichtlich ihrer Setzung sowie durch eine unzureichende Durchsetzung von Umweltgesetzen und -verordnungen geprägt. Durch die Rechtsangleichung an die Europäische Union sah sich Polen jedoch gezwungen, den Schutz von Natur und Umwelt stärker zu verfolgen. Die dabei gefundenen Lösungen weisen durchaus auch für die Staaten der EU-15 Beispielcharakter auf. Insbesondere der Umgang mit Umweltabgaben ist hier von einem hohen Grad an Effektivität und Effizienz geprägt; so werden Umweltabgaben in Umweltfonds überführt und das Abgabenaufkommen zweckgebunden für Umweltprojekte eingesetzt. Die Vergabe von Fondsmitteln erfolgt in Form von Finanzhilfen, als Kreditbeihilfe und/oder Projektzuschuss, sowohl an öffentliche Träger als auch an Unternehmen. Die Umweltfonds sind als autonome Institution (Stiftung Ökofonds / *Fundacja EkoFundusz*) dem unmittelbaren Zugriff durch die Politik entzogen. Zur Jahrtausendwende wurden rund 45 % der Umweltinvestitionen aus solchen nationalen, regionalen und lokalen Umweltfonds finanziert.

Von besonderer Bedeutung für die umweltrechtliche Anpassung an den gemeinsamen rechtlichen Besitzstand der Europäischen Union ist das Gesetz zum Umweltschutz von 2001. Es enthält Vorschriften über die Luft- und Gewässerqualität, den Lärmschutz, den Schutz vor magnetischen Feldern, von Bodenschätzen und von Tieren und Pflanzen. Mit diesem umfassenden und einheitlichen Gesetz ist Polen der Bundesrepublik Deutschland voraus. Hier wird der Schutz der Umwelt insbesondere durch Gesetze sichergestellt, die einen primär anderen Schwerpunkt aufweisen wie das

Bundesnaturschutzgesetz, das Baugesetzbuch und das Bundesimmissionsschutzgesetz.

Einen wesentlichen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Umweltverwaltung hat die zum 1.1.1999 in Kraft getretene Gebiets- und Verwaltungsreform geleistet. Diese von der Europäischen Union als Beitrittsbedingung formulierte Reform gliedert die öffentliche Verwaltung nach Regierungs- und Selbstverwaltungsbehörden. Dabei erhielten die Selbstverwaltungsbehörden (Woiwodschaften, Kreise und Gemeinden) erweiterte Kompetenzen in der Umwelt- und Planungspolitik. Allerdings ist insbesondere auf kommunaler Ebene deren Durchsetzung aufgrund unzureichender umweltspezifischer Kenntnisse der Behörden eingeschränkt.

Fazit und Ausblick

Die deutliche Verbesserung des Zustands der Umwelt in Polen lässt sich auf ein komplexes Faktorengewebe zurückführen. Neben dem Strukturwandel der Wirtschaft, dem Bedeutungsverlust von schwerindustriellen Großunternehmen bei gleichzeitigem Bedeutungsgewinn von leichtindustriellen klein- und mittelständischen Unternehmen sowie dem Dienstleistungssektor und der Effizienzsteigerung polnischer Unternehmen infolge des globalen Wettbewerbsdrucks hat insbesondere der Beitritt des Staates zur Europäischen Union mit der Übernahme des gemeinsamen umweltrechtlichen Besitzstandes und dessen Durchsetzung zu einer raschen Verbesserung des Zustands der Umwelt in Polen geführt.

Problematisch ist jedoch neben der Ausdehnung der Siedlungsflächen – und dem damit verbundenen Landschaftsverbrauch – die Zunahme des motorisierten Individualverkehrs: Neben dem Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid bewirkt insbesondere die Emission von Stickoxiden bei gleichzeitig höherer Transparenz der Atmosphäre durch die Verringerung der Staubemissionen eine verstärkte Belastung mit bodennahem Ozon. Auch die noch immer nicht hinreichend gelöste Altlastenproblematik (insbesondere in Oberschlesien) stellt eine Herausforderung für die künftige Umweltpolitik Polens dar.

Über den Autor

Priv.-Doz. Dr. Dr. Olaf Kühne ist Geograph und Soziologe. Er lehrt an der Universität des Saarlandes, ist Direktor des Instituts für Landeskunde im Saarland und Leiter des Referats „Landesplanung“ im Ministerium für Umwelt des Saarlandes. Er hat zahlreiche Forschungsaufenthalte in Polen zur Bearbeitung des Themas Transformation und Umwelt genutzt und auch seine Habilitationsschrift diesem Thema gewidmet.

Unter http://www.polen-analysen.de/Bilder/Hot_spots_der_Umweltbelastung.jpg können Sie eine weitere Grafik zum Thema herunterladen, die aufgrund der Dateigröße nicht in die pdf-Datei aufgenommen wurde.

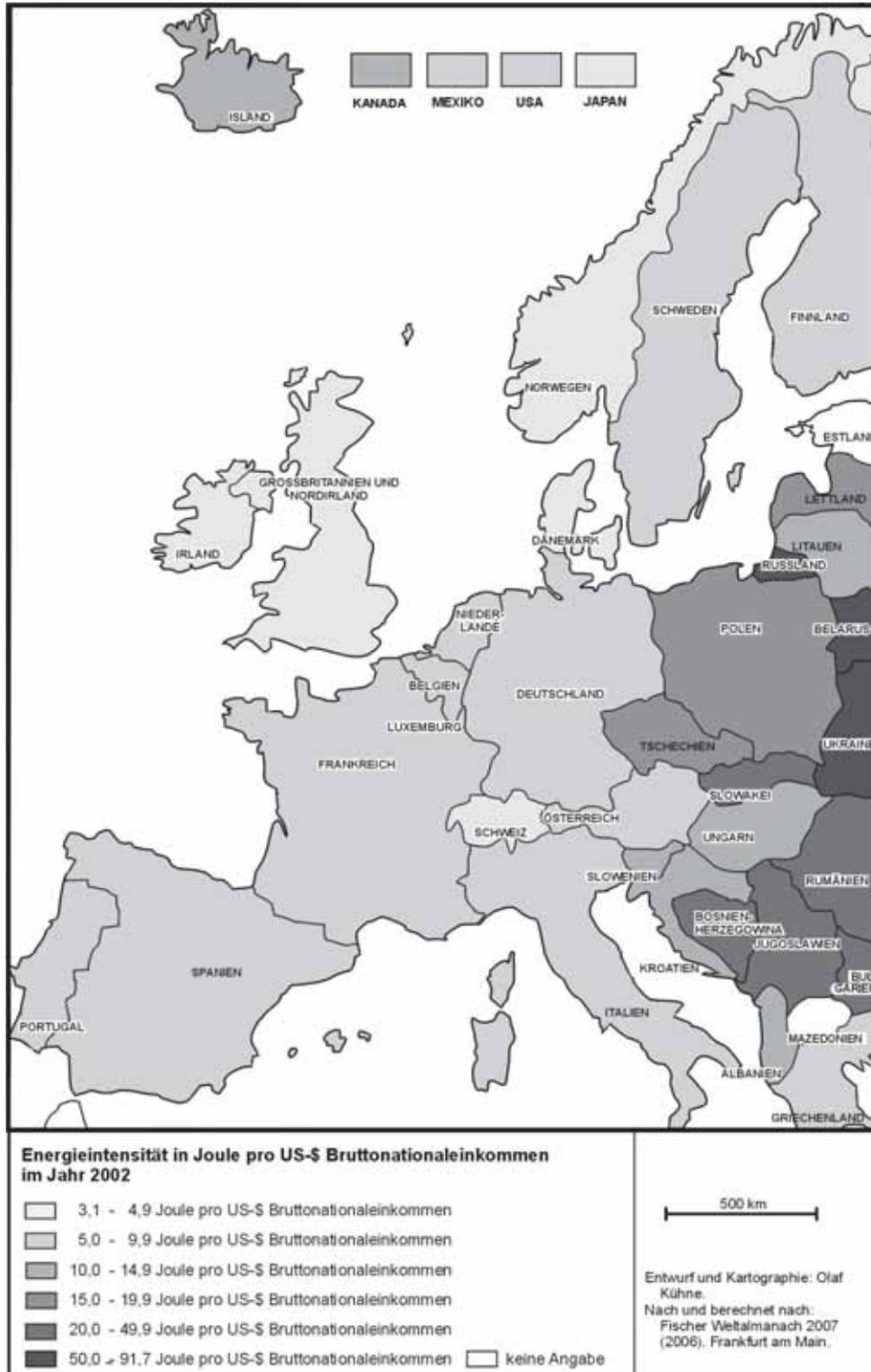
Grafiken und Tabellen

Der Energieverbrauch der westlichen Welt

Abbildung 2: Energieverbrauch pro Kopf in Gigajoule pro Einwohner im Jahr 2002



Abbildung 3: Energieintensität pro Joule in US\$ Bruttonationaleinkommen im Jahr 2002



Ausgaben für den Umweltschutz in Europa

Der Anteil der Ausgaben des öffentlichen Sektors für den Umweltschutz am Bruttosozialprodukt
(in % BSP)

	insgesamt			investive Ausgaben			laufende Ausgaben		
	1995	2000	2003	1995	2000	2003	1995	2000	2003
EU-25	.	0,56	0,53 e	.	0,14	0,13 e	.	0,42	0,40 e
EU-15	0,66 a	0,55 b	0,53 be	0,20 a	0,13 b	0,12 be	0,46 a	0,42 b	0,41 be
Belgien	0,44 c	0,51	0,55 d	0,08 c	0,12	.	0,36 c	0,39	.
Tschechische Rep.	.	.	.	0,75	0,50	0,29 e	.	.	.
Dänemark	1,28	1,28	1,24 d	0,39	0,33	0,32 d	0,90	0,95	0,92 d
Deutschland	0,75	0,47	0,45 e	0,33	0,15	0,11 e	0,42	0,32	0,34
Estland	0,90	0,28	0,30 e	0,46	0,24	0,14 e	0,44	0,04	0,16 e
Griechenland	0,63	0,62 f	.	0,20	0,17 f	.	0,42	0,45 f	.
Spanien	0,82	0,76 f	.	0,33	0,43 f	.	0,49	0,32 f	.
Frankreich	0,25	0,26	0,27 e	0,06	0,05	0,06 e	0,20	0,21	0,21 e
Irland	.	0,53 g	.	.	0,18 g	.	.	0,35 g	.
Italien	0,06	0,78	0,79 e	0,02	0,13	0,14 e	0,04	0,65	0,65 e
Zypern
Lettland	.	0,01	0,07	0,09	0,00	0,03	.	0,01	0,05
Litauen	0,26 c	0,10	0,10 e	0,22 c	0,07	0,06 e	0,04 c	0,03	0,04 e
Luxemburg	.	0,70 h	.	.	0,25 h	.	.	0,45 h	.
Ungarn	.	.	0,66 e	.	.	0,57 e	.	.	0,09 e
Malta	0,16 e
Niederlande	1,45	1,41 f	1,46 d	0,25	0,21	0,23 d	1,19	1,18 f	1,23 d
Österreich	1,44	0,21	0,21 f	0,61	0,03	0,02 f	0,83	0,19	0,18 f
Polen	.	0,78	0,45	0,29	0,43	0,33	.	0,35	0,12
Portugal	0,85 c	0,63	0,63 e	0,38 c	0,29	0,25 e	0,47 c	0,35	0,38 e
Slowenien	.	0,17	0,64 e	.	0,17	0,57 e	.	0,01	.
Slowakei	0,85 i	0,14	0,12	0,49	0,10	0,10	0,22 i	0,04	0,03
Finnland	0,55	0,39	.	0,14	0,09	.	0,41	0,30	.
Schweden	0,17 c	0,21	0,27 e	0,02 c	0,03	0,03 e	0,14 c	0,18	0,24 e
Großbritannien	.	0,49	0,47 e	.	0,02	0,09 e	.	0,46	0,38 e
Bulgarien	0,14	0,31	0,31	0,06	0,12	0,15	0,08	0,19	0,16
Rumänien	.	0,16	0,20 e	.	0,05	0,03 e	.	0,11	0,17 e
Türkei	0,18	0,38	0,22 d	0,13	0,28	0,13 d	0,05 c	0,10	0,09 d
Island	0,33	0,34	0,29 e	0,06	0,05	0,06 e	0,27	0,29	0,23 e
Norwegen	.	0,64 d	0,70 e	.	0,12	0,14 e	.	0,52 d	0,55 e
Schweiz	0,90 c	0,83	0,83 d	0,38 c	0,28	0,26 d	0,53 c	0,55	0,56 d

a geschätzte Daten für 1996, b geschätzte Daten, c Daten für 1996, d Daten für 2001, e Daten für 2002, f Daten für 1999, g Daten für 1998, h Daten für 1997, i Daten für 1994

Quelle: http://www.stat.gov.pl/dane_spol-gosp/rolnic_lesnict_rodowi/ochrona_srodowiska/2006/ochrona_srodowiska_2006.pdf

Główny Urząd Statystyczny: Ochrona środowiska 2006. Informacje i opracowania statystyczne, Warszawa 2006. [Hauptstatistikamt: Umweltschutz 2006. Informationen und statistische Bearbeitungen, Warszawa 2006, S. 518.]

**Der Anteil der Ausgaben des Wirtschaftssektors für den Umweltschutz am Bruttosozialprodukt
(in % BSP)**

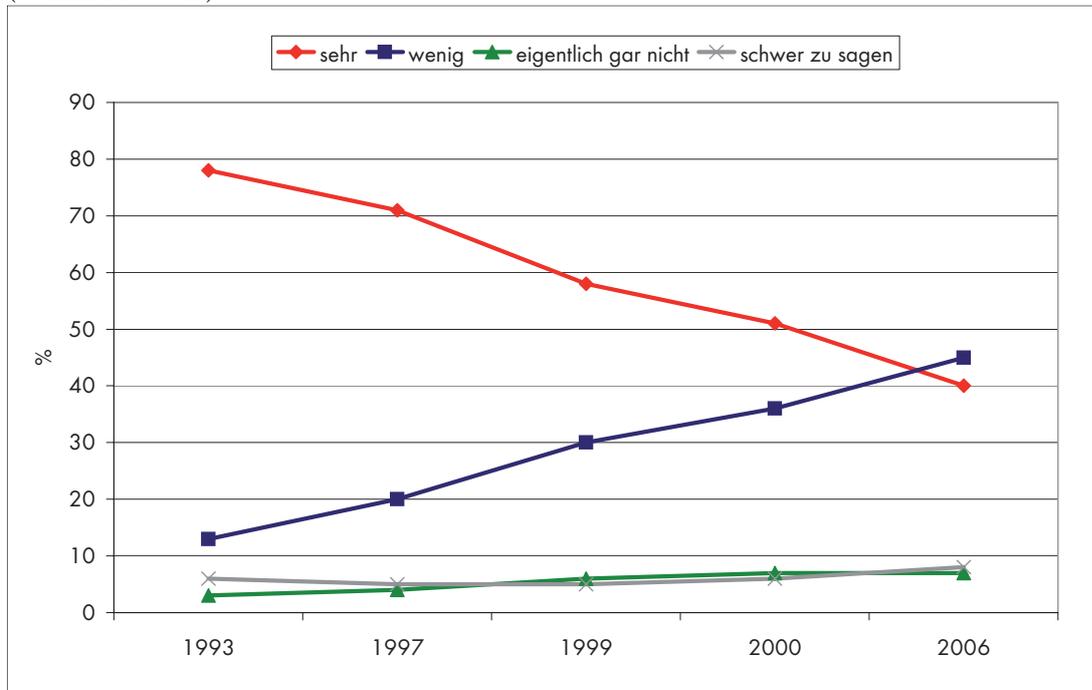
	Insgesamt			Investive			laufende		
	1995	2000	2003	1995	2000	2003	1995	2000	2003
EU-25	.	0,35	0,30 a	.	0,11	0,07 a	.	0,25	0,22 a
EU-15	.	0,33	0,27 a	.	0,10	0,07 a	.	0,24	0,21 a
Belgien	.	0,49 b	.	0,15	0,10 b	.	.	0,39 b	0,45 a
Tschechische Rep.	.	.	.	1,40	0,41	0,24 a	.	.	.
Dänemark
Deutschland	0,50 c	0,45 b	.
Estland	0,23	0,79	0,95 a	0,05	0,48	0,39 a	0,18	0,31	0,56 a
Griechenland
Spanien	.	0,24	0,27 a	.	0,14	0,13 a	.	0,09	0,14 a
Frankreich	.	0,19 d	.	0,07 e	0,06	0,07 a	.	0,11 d	.
Irland	.	0,21 f	.	.	0,13 f	.	.	0,08 f	.
Italien	.	0,47 d	.	.	0,31 d	.	.	0,16 d	.
Zypern	.	0,19 d	0,31 a	.	0,05 d	0,14 a	.	0,14 d	0,17 a
Lettland	.	0,18 d	0,25	.	0,03 d	0,10	.	0,10 d	0,15
Litauen	.	0,38	0,47 a	.	0,13	0,13 a	.	0,25	0,34 a
Luxemburg
Ungarn	.	1,04	0,51 a	.	0,41	0,18 a	.	0,63	0,33 a
Malta
Niederlande	.	0,43	0,43 a	0,14	0,10	0,10 a	.	0,33	0,34 a
Österreich	0,67	0,54	.	0,18	0,09	.	0,49	0,45	.
Polen	.	1,13 d	0,97	0,66	0,41	0,26	.	0,77 d	0,70
Portugal	0,22	0,38	0,29 a	0,15	0,21	0,15 a	0,07	0,17	0,14 a
Slowenien	0,51	0,42	0,79 a	0,42	0,29	0,36 a	0,09	0,12	0,43 a
Slowakei	.	0,93	1,03	.	0,30	0,26	.	0,63	0,76
Finnland	0,54	0,47	.	0,27	0,17	.	0,27	0,30	.
Schweden	.	0,36 b	0,39	.	0,13	0,18	.	0,27 d	0,21
Großbritannien	0,34 g	0,44	0,24 a	0,18 g	0,15	0,05 a	0,17 g	0,29	0,19 a
Bulgarien.	0,60	1,10	1,09	0,17	0,53	0,51	0,42	0,56	0,58
Rumänien	1,02	0,74	1,22 a	0,33	0,30	0,49 a	0,68	0,44	0,73 a
Türkei	0,23 c	.	.	0,09 c	.	.	0,13 c	.	.

a Daten für 2002, b Daten für 1999, c Daten für 1997, d Daten für 2001, e Daten für 1996, f Daten für 1998, g Daten für 1994
 Quelle: http://www.stat.gov.pl/dane_spol_gosp/rolnic_lesnict_srodowi/ochrona_srodowiska/2006/ochrona_srodowiska_2006.pdf
 Główny Urząd Statystyczny: Ochrona środowiska 2006. Informacje i opracowania statystyczne, Warszawa 2006. [Hauptstatistikamt: Umweltschutz 2006. Informationen und statistische Bearbeitungen, Warszawa 2006, S. 519.]

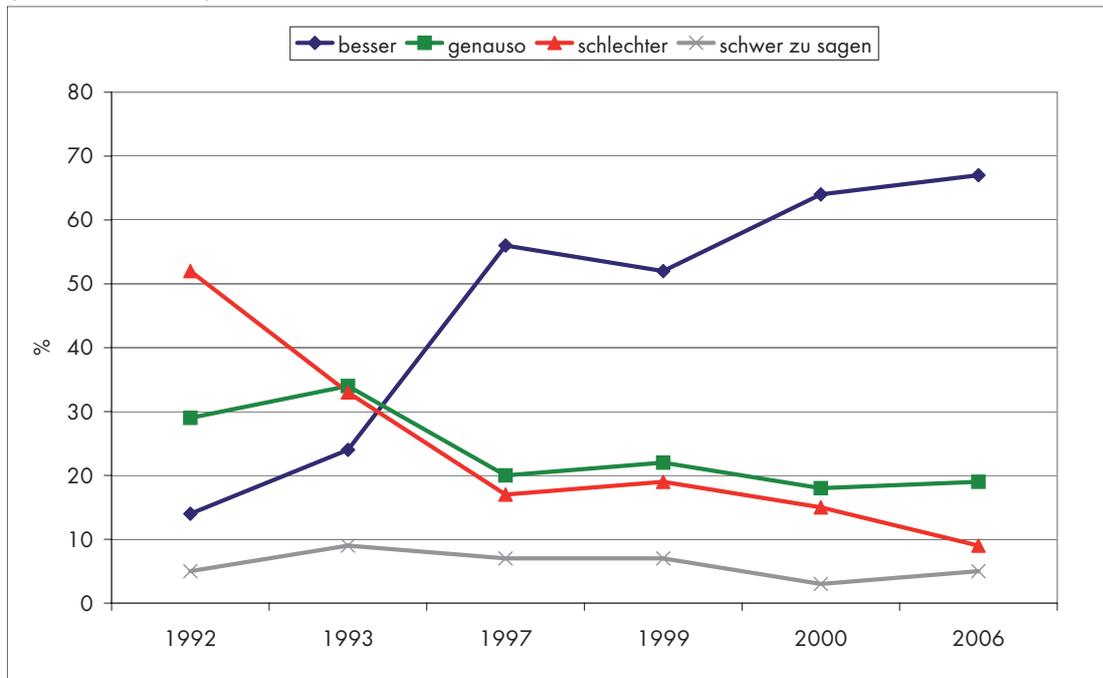
Umfrage

Die polnische Bevölkerung zum Umweltschutz

In welcher Weise ängstigt oder beunruhigt Sie der Zustand der Umwelt in Polen?
(Antworten in %)

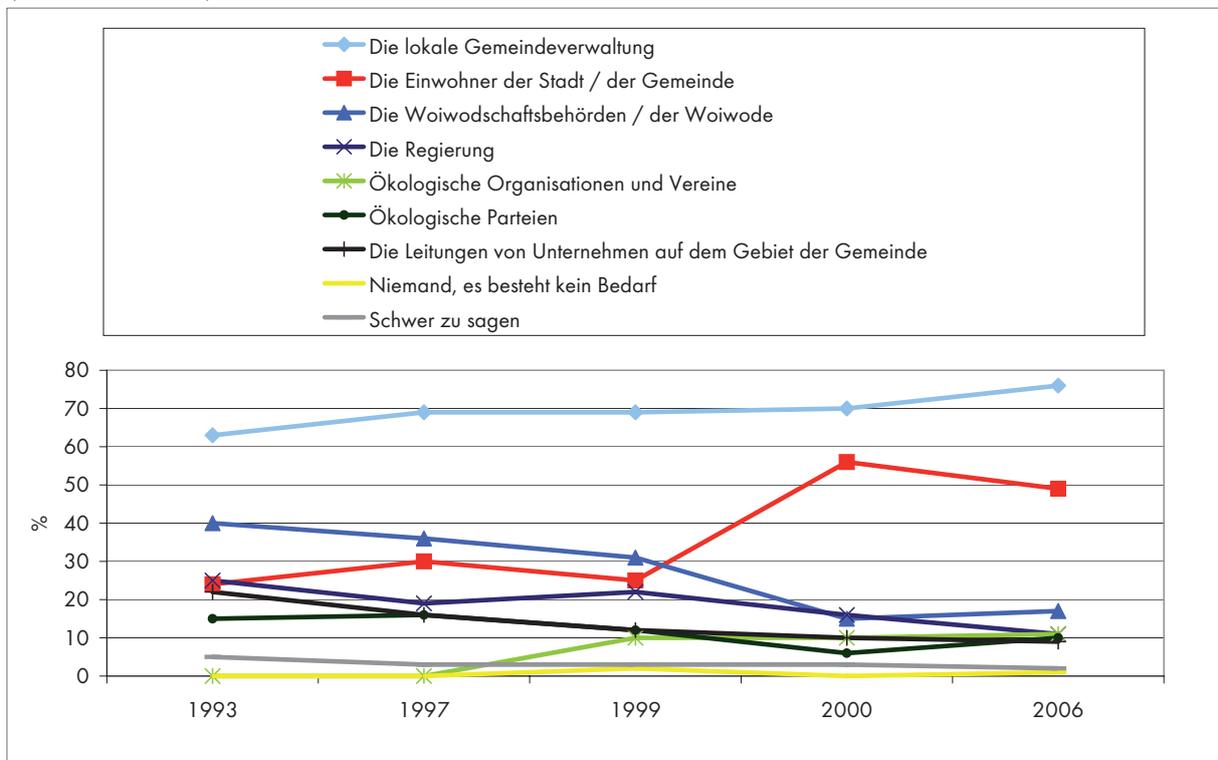


Ist Ihrer Meinung nach der Umweltschutz in Polen besser, genauso oder schlechter als vor fünf Jahren?
(Antworten in %)



Anm.: 1992 wurde die Formulierung „... als vor drei Jahren“ und 1993 „... als vor vier Jahren“ verwendet.

Wervor allem sollte in Ihrer Ortschaft etwas unternommen, was der Verbesserung des Umweltzustands dient?
(Antworten in %)



Anm.: Die Prozentangaben ergeben pro Jahr mehr als 100 %, da die Befragten zwei Antworten angeben durften.

Quelle: CBOS BS/113/2006: Postawy wobec środowiska naturalnego, Warszawa, lipiec 2006, <http://www.cbos.pl>

Dokumentation

Operatives Programm Infrastruktur und Umwelt

Der Ministerrat verabschiedete am 29. November 2006 das Projekt des *Operativen Programms Infrastruktur und Umwelt für die Jahre 2007–2013*, das – im Einklang mit dem Projekt der Nationalen Strategischen Bezugsrahmen (Narodowe Strategiczne Ramy Odniesienia – NSRO) für die Jahre 2007–2013 – eines der operativen Programme ist, die Hauptinstrument zur Erreichung der im NSRO festgelegten Ziele unter Ausnutzung der Mittel des Kohäsionsfonds und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung sind.

ZIELE UND PRIORITÄTEN DES PROGRAMMS

Hauptziel des Programms ist es, die Attraktivität für Investitionen in Polen und seinen Regionen über die Entwicklung der technischen Infrastruktur bei gleichzeitigem Umweltschutz und der Verbesserung des Zustands der Umwelt, der Gesundheit, der Bewahrung der kulturellen Identität und der Entwicklung der territorialen Kohäsion zu steigern.

Das *Operative Programm Infrastruktur und Umwelt* konzentriert sich auf strategische und überregionale Maßnahmen. Über 66 % der Ausgaben werden für die Verwirklichung der Ziele der Lissabon-Strategie bestimmt. Im Rahmen des *Operativen Programms Infrastruktur und Umwelt* werden 17 Prioritäten umgesetzt:

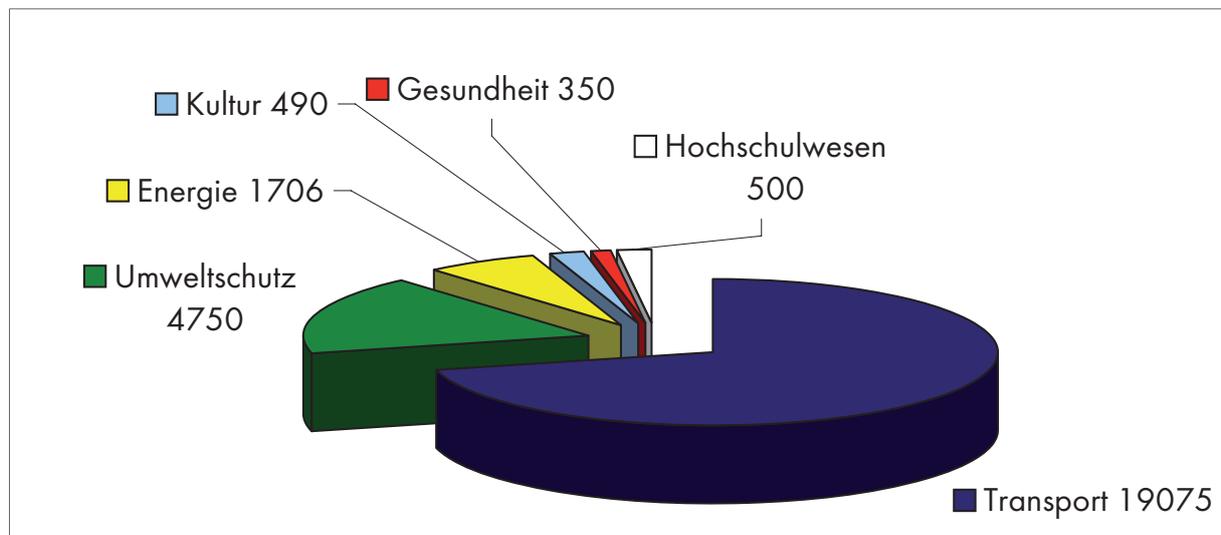
1. Abwasserwirtschaft
2. Abfallwirtschaft und Erdoberflächenschutz
3. Ressourcenverwaltung und Bekämpfung von Umweltgefahren
4. Beschlüsse zur Anpassung von Unternehmen an die Anforderungen des Umweltschutzes
5. Naturschutz und Entwicklung eines ökologischen Bewusstseins

6. Straßen- und Flugliniennetz TEN-T (Trans-European-Network - Transport)
7. Umweltfreundlicher Transport
8. Transportsicherheit und Landesverkehrsnetze
9. Straßeninfrastruktur in Ostpolen
10. Umweltfreundliche Energieinfrastruktur
11. Energiesicherheit
12. Kultur und kulturelles Erbe
13. Gesundheitsschutz und Verbesserung der Effektivität des Gesundheitsschutzsystems
14. Infrastruktur des Hochschulwesens
15. Technische Hilfe - Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
16. Technische Hilfe – Kohäsionsfonds
17. Konkurrenzfähigkeit der Regionen

FINANZIERUNG

Für die Umsetzung des *Operativen Programms Infrastruktur und Umwelt für die Jahre 2007–2013* sind über 36 Mrd. Euro vorgesehen. Aus den Mitteln der Europäischen Union stammen 27 848,3 Mio. Euro (darin 21 511,06 Mio. Euro aus den Mitteln des Kohäsionsfonds (77 %) sowie 6 337,2 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (23 %)).

Verteilung der EU-Finanzmittel des *Operativen Programms Infrastruktur und Umwelt* nach Sektoren (in Mio. Euro)



Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <http://www.mrr.gov.pl/ProgramyOperacyjne+2007-2013/Infrastruktura+i+Srodowisko/>

Chronik
Vom 06. bis zum 19. Februar 2007

06.02.2007	Die russische Tageszeitung Kommersant informiert, dass Moskau weitere Einfuhrbeschränkungen für polnische Produkte plane, wenn Polen sein Veto gegenüber den Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland nicht zurücknehme. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński teilt mit, Polen werde sich nie damit abfinden, von Russland als Land behandelt zu werden, dass nicht zur EU gehöre. Wenn Russland Sanktionen gegenüber Polen einführe, seien dies Sanktionen gegenüber der EU.
07.02.2007	Innenminister Ludwik Dorn (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość – PiS) tritt aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit Ministerpräsident Jarosław Kaczyński zurück. Er behält die Funktion des stellv. Ministerpräsidenten. Sein Nachfolger wird der bisherige Generalstaatsanwalt Janusz Kacmarek, ein enger Mitarbeiter von Staatspräsident Lech Kaczyński.
07.02.2007	Der für internationale Beziehungen zuständige Staatssekretär in der Präsidialkanzlei, Andrzej Krawczyk, tritt auf Wunsch des Staatspräsidenten zurück, da er verdächtigt wird, während des Kriegszustands als Mitglied der Untergrund-„Solidarność“ informeller Mitarbeiter des Militärgeheimdienstes gewesen zu sein. Krawczyk hatte bereits bei einer ersten Überprüfung in den 1990er Jahren zugegeben, eine entsprechende Erklärung unterschrieben zu haben. Da er diese Unterschrift sofort in den Kreisen der Untergrund-„Solidarność“ bekannt gegeben hatte, galt er als entlastet.
08.02.2007	Der stellv. Ministerpräsident Ludwik Dorn wird 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten und ist verantwortlich für alle sicherheitspolitischen und strategischen Aufgaben sowie die Einführung der Informationstechnik.
10.02.2007	Der Präsident der Europäischen Kommission, Manuel José Barroso, der auf Einladung des Business Centre Club in Warschau weil, trifft sich mit Staatspräsident Lech Kaczyński, Ministerpräsident Jarosław Kaczyński und Außenministerin Anna Fotyga. Gesprächsthemen sind die EU-Verfassung, Energiepolitik und das russische Fleischembargo.
10.02.2007	An der 43. Sicherheitskonferenz in München nehmen der Abteilungsleiter für Auswärtige Angelegenheiten in der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Krzysztof Miszczak, und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Paweł Zalewski (Recht und Gerechtigkeit, Prawo i Sprawiedliwość - PiS), teil. Der neue Verteidigungsminister Aleksander Szczygło nimmt nicht an der Konferenz teil und hebt hervor, dass das Außenministerium für die polnische Außenpolitik zuständig sei. Ministerpräsident Jarosław Kaczyński ist aufgrund des Treffens mit Barroso verhindert, wie Regierungssprecher Jan Dziędziczak mitteilt.
11.02.2007	Oppositionspolitiker kritisieren die Abwesenheit hochrangiger polnischer Politiker bei der 43. Sicherheitskonferenz in München. Nach Jan Rokita (Bürgerplattform, Platforma Obywatelska – PO) betreibt die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eine defensive Außenpolitik und engagiert sich wenig bei der Lösung internationaler Probleme. Dies werde allgemein kritisiert. Der Vorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Wojciech Olejniczak, spricht von einem schweren Fehler, da in München Gespräche über den amerikanischen Vorschlag, in Polen einen Raketenschutzschild zu errichten, stattgefunden hätten. Der Fraktionsvorsitzende der PiS, Marek Kuchciński, unterstreicht, es sei kein Auftritt eines polnischen Vertreters geplant gewesen.
12.02.2007	Die Europäische Grüne Partei protestiert gegen die Pläne, in Polen und Tschechien Teile eines amerikanischen Raketenschutzschildes zu errichten und ruft dazu auf, in beiden Ländern Referenden durchzuführen.
12.02.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński spricht mit Vertretern der Parlamentsparteien über den amerikanischen Raketenschutzschild. Sowohl Vertreter der Koalition als auch der Opposition zeigen sich interessiert und stimmen darin überein, dass sich dadurch die Sicherheit Polens erhöhen werde.
12.02.2007	Verteidigungsminister Aleksander Szczygło kommentiert die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der Sicherheitskonferenz in München dahingehend, dass Russland sein wahres Gesicht gezeigt habe.
12.02.2007	Der stellv. Ministerpräsident Ludwik Dorn lässt sich von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński beurlauben, solange die üble Nachrede und Unterstellungen in den Medien nicht geklärt sind. Hintergrund sind Medienberichte, die als Grund für Dorns Rücktritt als Innenminister angaben, Dorn decke illegale Handlungen des stellvertretenden Polizeichefs Waldemar Jarczewski.
13.02.2007	Der Vorsitzende der Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Waldemar Pawlak, teilt mit, die PSL stehe einer eventuellen Errichtung des amerikanischen Raketenschutzschildes in Polen negativ gegenüber. Der Landwirtschaftsminister und Vorsitzende der Koalitionspartei Selbstverteidigung (Samoobrona), Andrzej Lepper, sagt, seine Partei sei aufgrund der spärlichen Informationslage gegen die Aufstellung und befürworte die Durchführung eines Referendums.
14.02.2007	Der Sejm beruft einen Sonderausschuss, der sich mit Gesetzesinitiativen des Koalitionsvertrags „Solidarischer Staat“ befassen soll. Die Opposition hat ihre Mitarbeit in der Kommission verweigert, da sie es nicht gutheißt, dass eine Superkommission diese Gesetze erarbeitet.

15.02.2007	Ministerpräsident Jarosław Kaczyński stellt die Ergebnisse der Evaluation der Ministerien vor, die seit Dezember 2006 durchgeführt worden war. Er kündigt eventuelle Entlassungen von Ministern an und äußert sich u.a. sehr zufrieden über die Arbeit von Außenministerin Anna Fotyga. Obgleich es Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen gebe, könne man keinesfalls sagen, dass sich die Beziehungen verschlechtert hätten oder irrationale Aspekte aufgetaucht seien. Polen sei sich dessen bewusst, dass das Verhältnis zu Deutschland als größtem EU-Land sehr wichtig und Deutschland an guten Beziehungen mit Polen interessiert sei.
16.02.2007	Aus dem veröffentlichten Bericht zur Auflösung des Militärischen Geheimdienstes (Wojskowa Służba Informacyjna - WSI) geht hervor, dass von Beginn der 1990er Jahre bis 2001 die oppositionelle Rechte, darunter die Brüder Kaczyński und die Partei Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum – PC), deren Führer Jarosław Kaczyński war, vom WSI ausspioniert wurde. Besondere Verantwortung trügen dafür laut Bericht die ehemaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa und Aleksander Kwaśniewski. Der Bericht wird von Regierungs- und Oppositionsvertretern sehr kontrovers aufgenommen. Erste Verleumdungsklagen werden angekündigt.
16.02.2007	Bundestagspräsident Norbert Lammert trifft zu einem dreitägigen Besuch in Warschau zu Gesprächen mit Sejmarschall Marek Jurek, Staatspräsident Lech Kaczyński und Ministerpräsident Jarosław Kaczyński ein. Gegenstand der Gespräche sind u.a. die deutsch-polnischen Beziehungen, die Forderungen der Preußischen Treuhänder, die Ostsee-Pipeline und die Rechte der polnischen Minderheit in Deutschland.
18.02.2007	Nach französischen Medien melden auch deutsche, dass Maciej Giertych (Liga der Polnischen Familien, Liga Polskich Rodzin – LPR), Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Vater des Bildungsministers und stellv. Ministerpräsidenten Roman Giertych, eine Broschüre antisemitischen Inhalts mit dem Logo des Parlaments veröffentlicht hat. Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering hat eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet.
19.02.2007	Während eines zweitägigen Besuchs in Warschau fordern der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek und Ministerpräsident Jarosław Kaczyński eine grundsätzliche Entscheidung über die Sicherheit Europas und in diesem Zusammenhang über den amerikanischen Vorschlag der Errichtung eines Raketenabwehrschildes in Polen und Tschechien.

Lesehinweis

Aufsätze mit Bezug zu Polen

finden Sie in der aktuellen Nummer der Zeitschrift OSTEUROPA, 2-3/2007: Inklusion, Exklusion, Illusion. Konturen Europas: Die EU und ihre Nachbarn

Das Heft kann bei der Redaktion OSTEUROPA erworben werden.

osteuropa@dgo-online.org, Tel.: 030 / 30104582

Steffi Franke

Die Grenze, die keine sein möchte

Exklusion und Inklusion an der EU-Ostgrenze

Menschen aus dem Grenzgebiet warnen davor, daß an der Ostgrenze der EU neue Barrieren entstehen. Um dem entgegenzuwirken, ist grenzüberschreitende Zusammenarbeit wichtig. Doch Grenzen müssen nicht zwangsläufig Ausschluß bedeuten. Die Entwicklung am polnischen Abschnitt der neuen EU-Außengrenze zeigt dies. Im Nachbarschaftsprogramm spiegeln sich die Widersprüche des Grenzkonzepts. Kennzeichnend ist die Gleichzeitigkeit unvereinbarer Praktiken, wodurch neue Handlungsspielräume entstehen.

Alexei Sekarev

Nachbarschaft in der Provinz

Erkundungen in der Westukraine

Die Europäische Nachbarschaftspolitik hat besondere Implikationen für die grenznahen Gebiete der Nachbarstaaten. Am Beispiel der Ukraine zeigt sich, daß neben der Zentralregierung auch regionale und kommunale Verwaltungen, Industrie- und Handelskammern sowie NGOs Reformfähigkeit beweisen müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen zu erhöhen und um sich fit zu machen für die sektorale Einbindung in den Binnenmarkt und die Übernahme von Normen und Standards der EU. Diese Politik bietet eine Chance zur Modernisierung von Wirtschaft und Verwaltung in der westlichen Ukraine.

Anita Szymborska

Freundliche EU-Grenze

Anspruch und Realität der EU-Visapolitik

Mit Sympathiebekundungen für Demokratiebewegungen in Osteuropa ist die EU stets schnell zur Stelle. Bei der Visapolitik hört die Freundschaft jedoch auf. So werden - dies zeigt ein Monitoring der Warschauer Stefan-Batory-Stiftung - Bürgern der Ukraine, aus Belarus, Moldova und Rußland trotz Erleichterungen auf dem Papier immer noch massive Hindernisse in den Weg gelegt, wenn sie sich um Visa für den Schengen-Raum bemühen. Die neuen EU-Mitgliedstaaten, allen voran Polen, sehen sich gezwungen, ihre liberale Visapolitik gegenüber ihren östlichen Nachbarn an die restriktivere Schengen-Gesetzgebung anzupassen. Auch ein neues Abkommen der EU mit der Ukraine über Visaerleichterungen bringt nur zweifelhafte Fortschritte.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindender, vernetzender und kooperierender Knotenpunkt zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle ab Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und Identitätsbildung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit etwa 10.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.polen-analysen.de